

Forum Bildungspolitik in Bayern e.V. • Postfach 150 209 • 80042 München

Herrn Abgeordneten
Norbert Dünkel
Bayerischer Landtag
Maximilianeum
81627 München

München, 6. Februar 2018
Stellungnahme Öffnung
Fös_Dünkel_final_Fi.docx

Anhörung zum Gesetzentwurf der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag: Inklusive Öffnung der Förderschule: offene Klassen

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

das *Forum Bildungspolitik in Bayern* dankt für die Zusendung der geplanten Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und gibt hierzu folgende Stellung ab:

Der Entwurf befasst sich mit der weiteren Öffnung der auch jetzt schon möglichen offenen Klassen der Förderschulen. Der bisherige Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne Beeinträchtigungen soll nun erweitert werden. Ferner sollen an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit und ohne Beeinträchtigungen, die von einem Lehrertandem unterrichtet werden, im Modellversuch erprobt werden können.

1. Anmerkungen zum Inhaltlich-Konzeptionellen

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* sieht diesen Vorstoß grundsätzlich als Schritt in die richtige Richtung. Allerdings weist er sich durch große Zaghaftigkeit aus. Er lässt nicht erkennen, dass und wie dadurch die Inklusion, wie im Anschreiben viel versprechend formuliert, „konzeptionell weiterentwickelt“ werden soll. Die vielfachen bekannten Probleme bei der Inklusion greift er ebenfalls nicht auf.

● Aktion gute Schule e. V. ● Aktion Humane Schule Bayern ● AGABY – Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e. V. (ABK) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Jugendring (BJR) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bayerischer Volkshochschulverband e. V. (bvvh) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Dachverband Bayerischer Träger für Kindertageseinrichtungen e. V. (DBTK) ● Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e. V. ● Deutscher Familienverband – Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Gewerkschaftsbund, (DGB), Bezirk Bayern ● Deutscher Kinderschutzbund – Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Die Regionalbewegung – Landesgruppe Bayern ● Eine Schule für Alle – in Bayern e. V. ● Fachverband für Kunstpädagogik, BDK e. V. ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Grund- und Mittelschulen in der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gesellschaft macht Schule gGmbH (GmS) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband – Arbeitskreis Grundschule e. V. – Landesverband Bayern (GSV – AKG) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbildungsstätten e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landes-ASten-Konferenz Bayern (LAK) ● LandeschülerInnenvereinigung Bayern e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie e. V. Bayern (LVL) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e. V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Netzwerk Ganztagsbildung ● Netzwerk Inklusion Bayern e. V. ● PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e. V. ● StadtschülerInnenvertretung München ● Sudbury München e. V. ● Verband Berufstätiger Mütter e. V. (VBM) ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds)

Die 2011 in das BayEUG eingearbeiteten Passagen für die Inklusion an bayerischen Schulen wurden damals, unter anderem vom heutigen Staatssekretär Georg Eisenreich, als lediglich „erste Schritte“ bezeichnet, denen weitere folgen sollten. Inzwischen haben Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern damit Erfahrungen gesammelt und eine ernüchternde Bilanz gezogen. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* hat deren Erkenntnisse und daraus resultierende Forderungen in einem Positionspapier zusammengefasst, das wir Ihnen anbei übersenden (siehe Anlage). Es fokussiert sowohl die stringente Umsetzung der bisherigen Gesetzeslage wie auch die angekündigte Weiterentwicklung des BayEUG im Sinne des „Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (UN-BRK). Es steht für ein mutiges Voranschreiten, das wir an dieser Stelle anmahnen.

2. Anmerkungen zur Finanzierung

Eine Anpassung des Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) an die Vorgabe des Art. 2 BayEUG vom 13.07.2011 ist für die kommunalen und privaten Schulen bislang nicht erfolgt. Die Praxis, diesen die hierfür zusätzlich notwendigen Ressourcen vorzuenthalten und sie dadurch von der Öffnung für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen faktisch auszuschließen, muss dringend beendet werden. Der zusätzliche Aufwand, der durch die zunehmende Heterogenität (vgl. Bildungspaket) und den hiermit verbundenen zusätzlichen Aufwand entsteht, ist bei der Schulfinanzierung auch der kommunalen und privaten Schulen zu berücksichtigen.

Die Entwicklung eines adäquaten und transparenten Finanzierungssystems, das nicht nur, wie bisher, einen pauschalierten Personal- bzw. Personal- und Schulaufwand sowie Zuschläge für Musik und Kollegstufe ausweist, ist überfällig. Bei der nun geplanten weiteren Öffnung der Förderschulen sind die geplanten Berücksichtigungen der Kosten

a) für den Personalaufwand

von 1,0 Lehrerwochenstunden in der Grundstufe bzw. 1,5 in den sonstigen Klassen angesichts der Bemessungsgrundlagen nach Art. 31 BaySchFG und

b) für den Schulaufwand

von 500 EUR an Stelle von 1.624 EUR für die staatl. Schulen nach Art. 32 BaySchFG nicht nachvollziehbar.

Die grundsätzlich geforderte Transparenz bei der Finanzierung ist hier nicht gegeben.

Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Simone Fleischmann

Anlage

P.S. Wir erlauben uns, dieses Schreiben der Interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Inklusion zu geben.